

Große Anfrage

der Abgeordneten Dr. Klaus-Dieter Uelhoff, Hansjürgen Doss, Dr. Wolfgang Schäuble, Michael Glos und der Fraktion der CDU/CSU sowie der Abgeordneten Paul K. Friedhoff, Dr. Hermann Otto Solms und der Fraktion der F.D.P.

Zur Lage der deutschen Schuhindustrie

Die deutsche Schuhindustrie war in den zurückliegenden Jahren und Jahrzehnten einem erheblichen Schrumpfungsprozeß unterworfen. Für die von der Schuhproduktion geprägten Regionen waren damit zum Teil gravierende strukturelle Probleme, insbesondere ein massiver Verlust von Arbeitsplätzen, verbunden. Die Situation erinnert im Kern an die Lage der deutschen Textilindustrie, die ebenfalls eine krisenhafte Entwicklung durchlaufen mußte. Die Schuhproduktion am Standort Deutschland unterliegt einem starken internationalen Wettbewerbsdruck. Die Unternehmen, die sich diesem Wettbewerb zu stellen haben, bedürfen fairer Rahmenbedingungen, die Chancengleichheit gegenüber Produzenten in anderen Mitgliedstaaten der Europäischen Union sowie der weltweiten internationalen Konkurrenz gewährleisten.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Bundesregierung:

1. Bisherige Entwicklung und augenblicklicher Zustand der deutschen Schuhindustrie

1. Wie stellt sich die Entwicklung der deutschen Schuhindustrie in den vergangenen 20 Jahren dar im Hinblick auf
 - Zahl der Betriebe,
 - Zahl der Mitarbeiter,
 - Marktanteil auf dem deutschen Markt,
 - Marktanteil in der EG/EU,
 - Marktanteil auf dem Weltmarkt?
2. Wie hat sich die Einfuhr von Schuhen nach Deutschland in den letzten 20 Jahren entwickelt, aus welchen Ländern stammen diese Einfuhren, und wie hoch ist der jeweilige Anteil dieser Länder am gesamten Schuhimport nach Deutschland?
3. In welchen Regionen innerhalb Deutschlands konzentriert sich die deutsche Schuhindustrie, und welche Bedeutung hat sie dort innerhalb der regionalen Wirtschaftsstruktur?

4. Hat die rückläufige Entwicklung der deutschen Schuhindustrie in den in Frage I.2 angesprochenen Gebieten zu besonderen strukturellen Problemen geführt?
5. Wie stellt sich in diesen Regionen insbesondere die Beschäftigungsentwicklung dar, und konnten eventuell Ersatzarbeitsplätze in anderen Wirtschaftsbereichen geschaffen werden?

Wie hat sich insbesondere die Zahl der Frauenarbeitsplätze entwickelt?
6. Wurden die Strukturprobleme dieser Regionen gegebenenfalls durch wirtschaftspolitische, arbeitsmarktpolitische oder andere Maßnahmen der jeweiligen Bundesländer, der Bundesregierung und der EG/EU begleitet?
7. Wie ist der augenblickliche Stand der Beschäftigtenzahl und der Zahl der Betriebe in der deutschen Schuhindustrie zu beziffern und deren wirtschaftliche Situation aktuell zu beurteilen?

Ist die bisher rückläufige Entwicklung der deutschen Schuhindustrie zum Stillstand gekommen oder setzt sich dieser Trend zur Zeit weiter fort?

II. Schuhindustrie in den neuen Bundesländern

1. Welche Bedeutung hatte die Schuhindustrie im Gebiet der neuen Bundesländer vor dem 3. Oktober 1990, wie ist für diesen Zeitraum die Zahl der Betriebe und der Beschäftigten zu beziffern?
2. Wie hat sich die Schuhindustrie in den neuen Bundesländern seither entwickelt, wie ist der augenblickliche Stand der Beschäftigtenzahl und der Zahl der Betriebe zu beziffern, und wie weit ist die Privatisierung der Schuhindustrie in den neuen Bundesländern fortgeschritten?
3. Sind der Bundesregierung Klagen der mittlerweile privatisierten Betriebe der Schuhindustrie in den neuen Bundesländern über eine mangelhafte Begleitung des Neubeginns durch die Kreditwirtschaft bekannt, und welche Auffassung vertritt die Bundesregierung gegebenenfalls zu diesen Klagen?
4. Liegen der Bundesregierung Erkenntnisse vor, ob und inwieweit die Schuhindustrie in den neuen Bundesländern Zugang zu den Absatzmärkten in Westdeutschland gefunden hat und wie sich die Exporttätigkeit der Schuhindustrie aus den neuen Bundesländern entwickelt hat, sowohl im Hinblick auf die Länder des ehemaligen Rats für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) als auch darüber hinaus?
5. Werden die Unternehmen der deutschen Schuhindustrie in den neuen Bundesländern an öffentlichen Aufträgen der Bundesregierung (zum Beispiel aus dem Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung und des Bundesministeriums des Innern) beteiligt?

Wenn ja, in welchem Umfang ist dies der Fall?

Wenn nein, aus welchen Gründen geschieht dies nicht?

6. Hält die Bundesregierung besondere Maßnahmen zur Förderung des Exports deutscher Schuhe, insbesondere aus den Unternehmen in den neuen Bundesländern, in die mittel- und osteuropäischen Staaten für notwendig und sinnvoll?

Wenn ja, welcher Art könnten diese Förderungsmaßnahmen sein?

Wenn nein, welche Gründe sprechen dagegen?

III. Die internationale Wettbewerbssituation der deutschen Schuhindustrie

1. Worin bestanden und bestehen Wettbewerbsvorteile ausländischer Schuhhersteller gegenüber der deutschen Schuhindustrie?
2. Welche Bedeutung für die Wettbewerbsvorteile der Schuhindustrie anderer Länder haben nichtmarktmäßige Faktoren, wie zum Beispiel die geringeren Anforderungen der Umweltschutzgesetze, der Arbeitsschutzgesetze, niedrigerer Sozialstandards usw.?
 - a) Wie bewertet die Bundesregierung zum Beispiel den Umstand, daß in Deutschland der zulässige Anteil von Penta-Chlor-Phenol (PCP) im Leder circa 5 ppm beträgt, während in Italien oder Frankreich mit Anteilen von rund 1 000 ppm gearbeitet wird und die so hergestellten Schuhe gleichwohl in Deutschland verkauft werden?
 - b) Welche Erkenntnisse hat zum Beispiel die Bundesregierung über den Einsatz von Kindern in den Unternehmen der Schuhindustrie anderer Länder, auch in Mitgliedstaaten der EU, zum Beispiel in Portugal, und welche Schlußfolgerungen zieht sie daraus für die Wettbewerbssituation der deutschen Schuhindustrie?
 - c) Welche Erkenntnisse liegen der Bundesregierung über die Herstellung von Schuhen in „Erziehungslagern“ in der Volksrepublik China vor, welche Maßnahmen erscheinen geeignet zur Durchsetzung der insoweit getroffenen Beschlüsse der IAO, und welchen Anteil am Import in die Bundesrepublik Deutschland haben die in solchen Lagern hergestellten Schuhe?
3. In welchem Umfang haben Unternehmen der deutschen Schuhindustrie im Verlauf der vergangenen 20 Jahre Produktionsstätten ins Ausland verlagert?

In welche Länder ist diese Verlagerung erfolgt?
4. Spielen die in Frage III.2 angesprochenen Sachverhalte eine besondere Rolle für die enorme Steigerung des Imports von Schuhen aus Südostasien, insbesondere aus der Volksrepublik China?

5. Welche Erkenntnisse liegen der Bundesregierung über den sogenannten „Antiproduktionsauslagerungsplan“ der italienischen Regierung zugunsten der italienischen Schuhindustrie vor?

Hält die Bundesregierung den im Rahmen dieses Plans praktizierten Ersatz der in den Unternehmen der italienischen Schuhindustrie entstehenden Sozialkosten durch den italienischen Staat für vereinbar mit dem Recht der Europäischen Union?

Unternimmt oder plant die Bundesregierung politische oder rechtliche Schritte gegen diese Praxis der italienischen Regierung, sofern sie diese für nicht rechtmäßig erachtet?

6. Wie beurteilt die Bundesregierung die Tatsache, daß aus Mitteln des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung Gemeinschaftsausstellungen ausländischer Schuhproduzenten in Deutschland gefördert werden?

Wie beurteilt die Bundesregierung die Kritik aus Kreisen der deutschen Schuhindustrie, daß durch solche Maßnahmen die ausländische Konkurrenz für einheimische Unternehmen unverhältnismäßig gefördert werde?

IV. Maßnahmen zur Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Schuhindustrie

1. Sieht die Bundesregierung Möglichkeiten, die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Schuhindustrie durch unmittelbare oder mittelbare staatliche Hilfen zu fördern?
2. Welche Zugangsmöglichkeiten zu den Technologieförderungsprogrammen der Europäischen Union bestehen in der Praxis für die überwiegend mittelständisch strukturierten deutschen Schuhunternehmen?

Sieht die Bundesregierung Möglichkeiten, diesen Zugang zu erleichtern, zum Beispiel im Hinblick auf die Kosten der Antragstellung, die teilweise allein bereits 50 000 bis 100 000 DM ausmachen können?

3. Sieht die Bundesregierung Möglichkeiten zur Durchsetzung einer EU-einheitlichen Schuhkennzeichnung, und welche Auswirkungen wären insbesondere für die deutsche Schuhindustrie von einer solchen einheitlichen Regelung zu erwarten?
4. Welche Auswirkungen auf die Wettbewerbssituation der deutschen Schuhindustrie ergeben sich infolge der unterschiedlichen Umweltstandards und Sozialstandards in den einzelnen Mitgliedstaaten der EU, und gibt es konkrete Bestrebungen zur Vereinheitlichung dieser Standards und deren tatsächliche Durchsetzung?
5. Wie wird sich das neue GATT-Abkommen auf die deutsche Schuhindustrie auswirken, insbesondere hinsichtlich

- Marktzugang für Drittlandimporte in die Europäische Union und in die Bundesrepublik Deutschland,
 - Marktzugang deutscher Hersteller in andere Industrie- und Schwellenländer,
 - Subventionsdisziplin,
 - Musterschutz?
6. Welche Bedeutung mißt die Bundesregierung der Aufnahme von Mindestregeln für Arbeits-, Sozial- und Umweltstandards innerhalb des GATT für leistungsgerechte Wettbewerbsbedingungen auf den Weltmärkten bei?

Bonn, den 26. April 1995

Dr. Klaus-Dieter Uelhoff

Hansjürgen Doss

Dr. Wolfgang Schäuble, Michael Glos und Fraktion

Paul K. Friedhoff

Dr. Hermann Otto Solms und Fraktion

